

Jochen Haußmann

Freie
Demokraten
FDP



Presseinformation

Jochen Haußmann

Stv. Fraktionsvorsitzender FDP/DVP Fraktion
Sprecher für: Verkehr und Infrastruktur; Arbeit und
Sozialordnung, Familie, Frauen und Senioren

Telefon: 0711 2063-921

Email: jochen.Haussmann@fdp.landtag-bw.de

PM16/11

Jochen Haußmann (FDP): Bundesverwaltungsgericht stärkt
Deute Flugsicherung

Ob Windradabstand zu Drehfunkfeuern sicher genug ist, entscheidet nur die DFS

„Die Sicherheit der Flugpassagiere hat oberste Priorität und dann erst kommen die Windräder“, sagt Jochen Haußmann, FDP-MdL und stellvertretender Vorsitzender der FDP-Kreistagsfraktion. Welche hohe Bedeutung in diesem Punkt der Deutschen Flugsicherung (DFS) zukommt, hat das Bundesverwaltungsgericht in Leipzig jetzt in einem Grundsatzurteil bestätigt. „Das oberste Verwaltungsgericht urteilte, dass sich das Bundesamt für Flugsicherheit (BAF) bei seinen Entscheidungen, ob Windräder im Umkreis von 15 Kilometern um Drehfunkfeuer erlaubt werden dürfen, wie bisher einzig und allein auf das Urteil der Deutschen Flugsicherung DFS GmbH verlassen darf und keine anderen Expertisen zurate ziehen muss. Die Deutsche Flugsicherung verfolgt einen restriktiven Kurs, sehr zum Leidwesen der Branche“, meldete dazu die Fachagentur energate. Der Kreistag würde sich aus Sicht von Jochen Haußmann, „wohl etwas verheben, wenn er sich in diese Diskussion mit der Forderung einschaltet, das Funkfeuer Affalterbach umzubauen, wie jetzt von Grünen, Linken und Windkraftinvestoren gewünscht.“ Denn verbindliche Regelungen zu den Mindestabständen fehlten nach wie vor.

„Der Landkreis Rems-Murr setzt sich für die Modernisierung der Flugsicherung in Affalterbach ein. Der Kreistag bittet den Landrat, auf diese Umrüstung hinzuwirken. Diesen Antrag haben die Grünen gestellt, um ein Hindernis für Windkraftanlagen aus dem Weg zu räumen“, wie die Rems-Murr-Rundschau berichtete. „Das ist aber allenfalls eine verbale Unterstützung“, sagt Jochen Haußmann, „denn Geld kann der Rems-Murr-Kreis keines zu einem Umbau des Funkfeuers geben und mehr als bisher wissen wir auch nicht, was die tatsächlichen Auswirkungen angeht.“

Für Juristenverhältnisse taufisch ist dabei ein Urteil des Bundesverwaltungsgerichtes in Leipzig, über das die Fachagentur energate titelte „Grundsatzurteil belastet Windbranche“. Geklagt hatte der Projektentwickler Windwärts, der rund drei Kilometer vom Flughafen Hannover entfernt den

Jochen Haußmann

Freie
Demokraten
FDP



Presseinformation

Jochen Haußmann

Stv. Fraktionsvorsitzender FDP/DVP Fraktion
Sprecher für: Verkehr und Infrastruktur; Arbeit und
Sozialordnung, Familie, Frauen und Senioren

Telefon: 0711 2063-921

Email: jochen.Haussmann@fdp.landtag-bw.de

Windpark "Meerberg" bauen wollte, von der Region Hannover wegen des Votums von DFS und BAF aber keine Genehmigung bekam. Das Bundesverwaltungsgericht vertritt in seinem Urteil vom 7. April 2016 die Ansicht, dass es keine gesicherten Erkenntnisse zum Einfluss von Windrädern auf Radaranlagen gibt und deshalb vorsichtshalber eine Störung zu unterstellen ist“, heißt es in der Meldung. Und bestätigt damit das „Nein“ der zuständigen Behörden.

„Das Urteil gibt es“, bestätigt die Pressestelle, „Aktenzeichen 4C1.15“. Es liegt aber noch nicht schriftlich vor, sprich die genaue Begründung ist noch nicht nachlesbar. Sicher ist aber, dass die Argumentation der Kläger, dass „die Wahrscheinlichkeit einer Störung des Navigationssystems sehr gering und damit zu vernachlässigen sei“, genauso wenig verfiel wie der Hinweis, dass „die Internationale Zivilluftfahrtorganisation ICAO den Prüfbereich um eine Radaranlage von 15 auf zehn Kilometer verringert“, hat. Auch der Hinweis, die Technik diene nur als Backup-Lösung brachte keinen Erfolg, denn der Deutschen Flugsicherung zufolge sind sie für die Sicherheit des Luftverkehrs essenziell.“

„energate“ berichtet, „Windwärts und der Bundesverband Windenergie (BWE) sehen Bundesverkehrsminister Alexander Dobrindt (CSU) am Zug, um eine Lösung zu finden.“ Womit, sagt Jochen Haußmann, „wir wieder an dem Punkt sind, an dem wir schon im Februar waren. Es gibt nur zwei, die klare Aussagen dazu machen können, wie es weiter geht: Die Deutsche Flugsicherung und das Bundesverkehrsministerium. Solange es von denen keine verbindlichen Aussagen oder Regelungen gibt, gibt es im Kreistag allenfalls Fensterreden.“